

# Parlamentarier hören Experten zur Christenverfolgung

Von: Evangelische Nachrichtenagentur idea

**B e r l i n (idea) - „Christen sind die meistverfolgte Religionsgemeinschaft der Welt.“ Das sagte der Geschäftsführer des Arbeitskreises Religionsfreiheit der Deutschen Evangelischen Allianz, Prof. Thomas Schirmacher (Bonn), am 11. Dezember in Berlin bei einer Expertenanhörung im Deutschen Bundestag.**



Der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler

Sie waren vom Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik unter Leitung des CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler eingeladen worden. Dabei berieten Außen- und Kulturpolitiker das Thema Religionsfreiheit erstmals gemeinsam. Nach Angaben Schirmachers werden rund 200 Millionen Christen diskriminiert und verfolgt. Die Friedlichkeit der Christen werde von ihren Gegnern oft ausgenutzt, weil diese kaum handfeste Gegenwehr auf Unterdrückung erwarteten. Der Missionswissenschaftler plädierte dafür, die Namen politisch und religiös Verfolgter zu veröffentlichen, da viele Unterdrückerstaaten die Öffentlichkeit scheuten. Länder wie Indien, Indonesien oder die Türkei beobachteten die politischen Diskussionen der westlichen Welt sehr genau. Die vom Bundestag beschlossene Resolution zur Religionsfreiheit sei daher ein gutes Signal.

## **EMW: Evangelikale in den Dialog der Religionen einbeziehen**

Die stellvertretende Direktorin des Evangelischen Missionswerks (EMW), Pfarrerin Maren von der Heyde (Hamburg), wies darauf hin, dass ein Wechsel zum Christentum etwa in zahlreichen islamischen Ländern mit Repressionen verbunden sei. Die Träger christlicher Entwicklungshilfe müssten ihr missionarisches Engagement oft zurückstellen, obwohl dies zu ihrem Wesen gehöre. Sie plädierte ferner dafür, die Evangelikalen stärker in den Dialog der Religionen einzubeziehen. Der Abtprimas des katholischen Benediktinerordens, Notker Wolf (St. Ottilien), sagte, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit gehörten zusammen. Er kritisierte deshalb die Selbstzensur des Internet-Suchdienstes Google in der Volksrepublik China. Google hatte sich im Januar den strengen chinesischen Zensurbestimmungen unterworfen, um dort seinen Suchdienst anbieten zu können. Zugleich vertrat Wolf die Ansicht, dass in China eine relative Freiheit gegeben sei, wenn man mit staatlichen Stellen kooperiere. So betrieben die Benediktiner mehrere christliche Krankenhäuser. Der Leiter des Kommissariats der katholischen deutschen Bischöfe, Prälat Karl Jüsten (Berlin) sagte, der demokratische Rechtsstaat fördere die Religionsfreiheit am besten. Umgekehrt sei die Religionsfreiheit in vielen nicht demokratischen Staaten eingeschränkt, am stärksten in Nordkorea und dem Iran.